

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!“

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Dauerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 8 Ngr.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung. Sie erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal. Das vierteljährliche Abonnement beträgt infolge der seit kurzem eingetretenen Preisermäßigung für Sachsen nur 1 Thlr. 15 Ngr., für das übrige Deutschland und das Ausland 1 Thlr. 21 Ngr. Bestellungen, die man baldigst erbittet, werden von allen Postämtern des In- und Auslandes, in Leipzig und Dresden von den Expeditionen der Zeitung angenommen. Inserate finden durch die Zeitung die weiteste Verbreitung- und werden mit 2 Ngr. für den Raum einer Zeile berechnet. Leipzig, im März 1852. F. A. Brockhaus.

## Deutschland.

C. Berlin, 28. März. Je näher wir dem Zusammentreten der Zollvereinskonferenzen rücken, desto mehr erheben sich von gewisser Seite Stimmen, welche prophetisch einen der preussischen Handelspolitik ungünstigen Ausgang dieser Konferenzen verkünden. Man sieht hier trotz dieser Prophezeiungen sehr getrost den Konferenzen entgegen. Gerade Das, was die politischen Propheten als ungünstige Anzeichen für die Forterhaltung und Restauration des Zollvereins zum Beweise ihrer Weissagungen anführen, wie die Zusammenkunft der Minister der größern, bisher Preußen zollverbündeten Staaten, kann auch, besonders wenn man Vorhergegangenes in Betracht zieht, im entgegengesetzten Sinne gedeutet werden. In der Zollvereinsfrage, und gerade dies ist ein nicht genug hervorzuhebendes Moment, hat Preußen nicht nöthig, politische Sympathien nach zu rufen; es bietet den ihm verbundenen Staaten reelle Vortheile, Vortheile, auf welche seit Jahren die Budgets einer Anzahl derselben Staaten zum guten Theil angewiesen sind. Mögen immerhin die süddeutschen Staaten den innigen Wunsch hegen, eine allgemeine deutsche Handelsverbindung mit Oesterreich herzustellen: dem Erkenntniß haben sie sich nicht verschlossen, daß die österreichischen Vorschläge ohne nicht zu überwindende Nachteile für ihre eigenen Länder diese große Verbindung nicht herzustellen vermöchten. Allerdings erwartet man hier, daß Wünsche in dieser Richtung sich bei den bevorstehenden Zollberatungen geltend machen werden, aber man hält sich für ebenso überzeugt und hat, was Baiern und Württemberg u. a. anlangt, dafür gute Gründe, daß sie sich auf das einzig in der Ausführung mögliche Maß beschränken und die Anknüpfung von Verhandlungen zur Herstellung eines Vertrags zwischen dem restaurirten Zollverein und dem österreichischen Kaiserstaate herbeiführen wollen werden. Preußen, obschon es die Schwierigkeiten, solche Verhandlungen zu Resultaten zu führen, nicht verkennt, hat gleichwohl schon zeitlich dieselben vorbehalten und in Aussicht gestellt. Es wird daher sich nur noch zu entscheiden haben zwischen den die Anknüpfung dieser Verhandlungen beschleunigt wissen wollenden Ansichten und denen, welche erst ein längeres Fortbestehen des restaurirten Zollvereins und die Möglichkeit praktischer Erfahrungen abgewartet haben wollen, bis jene Verhandlungen zwischen dem Zollverein und Oesterreich aufgenommen werden. Diese letztere Ansicht, welche sich auf dem Zollvereinscongresse in einem Antrage, den Abschluß neuer Verträge auf eine bestimmte Zeitdauer zu verschieben, Luft machen dürfte, ist vorzugsweise die thüringischer Fürstenthümer.

Die I. Kammer nahm gestern in zweiter Lesung die bekannte Abänderung der Verfassung in Bezug auf die künftige Bildung der I. Kammer an. Uns scheint die Frage auch bereits in dem andern Hause entschieden. Die bekannt gewordenen Ansichten an hoher Stelle sind mehr als in allen andern Fragen gerade in dieser geeignet, den Ausschlag zu geben.

Die neunte Commission der I. Kammer hat über den Antrag des Abg. Dr. Klee auf Annahme einer Zusatzbestimmung zu Art. 12 der Verfassungsurkunde — dahin gehend, daß die Mitgliedschaft in den Kammern sowie der Zutritt zu Ämtern mit richterlicher, polizeilicher oder executiver Gewalt durch die Aufnahme in eine der anerkannten christlichen Kirchen bedingt sein solle — Bericht erstattet und, obwol sie darin dem in dem Antrage liegenden Princip volle Anerkennung zollt, der Kammer eine motivirte Tagesordnung vorgeschlagen.

Das Präsidium der II. Kammer hat dem der I. die Mittheilung zugehen lassen, daß die II. Kammer — bezüglich der von der Staatsregierung vorgelegten Verordnung vom 3. Jan. 1849 über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen — in ihrer Sitzung am 2. März d. J. beschloffen habe: die Dringlichkeit des Erlasses der gedachten Verordnung vom 3. Jan. 1849 anzuerkennen und derselben nachträglich ihre Genehmigung zu ertheilen; zugleich aber mehre, diese Verordnung theils ergänzende, theils abändernde zusätzliche Bestimmungen als Gesetz in Vorschlag zu bringen. Der diese Zusätze betreffende Gesetzentwurf ist dem Präsidialschreiben mit dem Bemerkten beigefügt, daß die II. Kammer in ihrer Sitzung vom 24. März d. J. denselben definitiv angenommen und zugleich beschloffen hat, daß die Art. 6 und 7

dieses Gesetzes von dem übrigen Inhalte desselben trennbar und demnach die Publication des Gesetzes auch ohne diese beiden Artikel zulässig sei.

Der Constitutionellen Zeitung zufolge ist die gestrige Nummer des Preussischen Wochenblattes und des Blattes Der Protestant polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Aus Köln vom 25. März erfährt das Frankfurter Journal von zuverlässiger Seite, daß die Generale Lamoricière und Changarnier in den letzten Tagen eine Zusammenkunft in Aachen hatten.

Aus der Provinz Preußen, 25. März. Der Mensch, welcher sich Ende vorigen Jahres eines Attentats gegen den König anklagte und mehre Personen als Mitverschwörer bezeichnete, sibt noch im Gefängniß zu Danzig. Wie man vernimmt, wird er nächstens wegen falscher Denunciation vor Gericht gestellt werden, da alles von ihm Vorgebrachte als eine Mystification der plumpsten Sorte erkannt worden ist.

Die officielle Neue Münchener Zeitung enthält Folgendes: In- und auswärtige Blätter haben seit geraumer Zeit das Publicum mit den verschiedenartigsten Nachrichten über eine in Baiern bestehende Ministerkrisis unterhalten. Wir haben uns an dieser Debatte nicht betheiligt, da wir unsern Lesern nur vollkommen beglaubigte Thatsachen mitzuthellen gewohnt sind. Daß wir daran wohlgethan, beweist uns die aus zuverlässiger Quelle uns zukommende Nachricht, daß weder eine eigentliche Ministerkrisis bestanden, noch die Bildung eines neuen Ministeriums je beabsichtigt war. Selbst die in einigen Staatsangelegenheiten bestandene Verschiedenheit der Ansichten zwischen Krone und Ministerium hat ihre volle Vereinigung gefunden.

Die Allgemeine Zeitung schreibt aus München vom 25. März: Einem Befehle des hiesigen Armeeobercommandos zufolge haben alle Militärpersonen die Kinnbärte zu beseitigen und darf nur ein Schnurbart getragen werden; infolge dieser Anordnung waren die Barbier unserer Stadt heute vielfach beschäftigt.

Der Nürnberger Correspondent schreibt aus Bamberg vom 25. März: Gestern Abend traf der königlich sächsische Staatsminister v. Beust hier ein und nahm sein Absteigequartier im Bamberger Hof; mit dem heutigen Morgenzuge langten auch der Ministerpräsident v. d. Pfordten, welcher den Nachtzug von München aus benutzt hatte, und der württembergische Minister des Aeußern v. Neurath an, welche sich sofort zu einer Conferenz im genannten Gasthose versammelten, die bis zum späten Nachmittag dauerte. Der Aufenthalt wird, wie verlautet, bis morgen Abend währen und soll Besprechungen über die Zollvereinsangelegenheiten zum Zwecke haben.

Aus München vom 26. März schreibt man dem Nürnberger Correspondenten noch: Zwischen den Regierungen von Baiern, Sachsen und den beiden Hessen soll bezüglich des auf der Zollconferenz in Berlin einzuschlagenden Wegs eine vollständige Einigung erzielt worden sein und es würden jedenfalls diese Regierungen mit ganz übereinstimmenden Anträgen auftreten. Man glaubt auch, daß noch andere Zollvereinsregierungen sich diesen Anträgen anschließen werden, doch soll unter Anderm die Regierung von Baden in dieser Beziehung noch schwankend sein. Ich glaube beifügen zu sollen, daß meine Mittheilung aus unterrichteter Quelle stammt.

Aus Augsburg wurde am 23. März eine von allen bedeutenden Industriellen der Stadt unterzeichnete Petition an den König abgesendet, worin, im Sinne der schon vor Monaten von allen Handels- und Gewerbekammern, allen landwirthschaftlichen Vereinen u. des Königreichs abgegebenen Erklärungen, die Krone beschworen wird: ihre angestrengtesten Bemühungen darauf zu richten, daß der bestehende Deutsche Zollverein auf keine Weise gefährdet, sondern erhalten und wo möglich in seiner segensreichen Wirksamkeit erweitert werde. Die Eingabe weist darauf hin, wie das Wohl des gesammten Gewerbefleißes des Landes, die Existenz von so vielen Tausenden der redlichsten und arbeitssamsten Familien an den ungefährdeten Fortbestand jenes Vereins geknüpft sei.

Aus Stuttgart theilt die Württembergische Zeitung mit, daß dem bekannten Dr. H. Eisner, Redacteur der Kronik, welcher wegen verschie-

